



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Invalideneinstellungs-  
gesetz 1969 geändert wird

Wien, am 3. Juni 1985  
441-429/85  
Bucek/Ha  
Klappe 2236

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

35 -GE/19 85  
Datum: 7. JUNI 1985  
Verf. 7.6.85 Suob  
Zi Hajek

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 23. April 1985, Zahl 42.005/2-6/1985, vom Bundesministerium für soziale Verwaltung übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird, gestattet sich der Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

Beilagen

(Reinhold Suttner)  
Generalsekretär

1.  $\frac{1}{2}$  2.  $\frac{1}{3}$  3.  $\frac{1}{4}$

( )



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Invalideneinstellungs-  
gesetz 1969 geändert wird

Wien, am 3. Juni 1985  
441-429/85  
Bucek/Ha  
Klappe 2236

An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Stubenring 1  
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 23. April 1985, Zahl 42.005/2-6/1985,  
zur Begutachtung ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird,  
erlaubt sich der Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß  
dagegen keine Bedenken grundsätzlicher Natur erhoben werden.

Es darf aber darauf verwiesen werden, daß die Verdoppelung der  
monatlichen Ausgleichstaxe von derzeit S 760,-- auf S 1.500,--  
eine Steigerung darstellt, die durchaus zu einer neuerlichen  
Belastung der Gemeinden führen kann. Wenn auch von den Ge-  
meinden weitgehend versucht wird, begünstigte Invalide ent-  
sprechend dem Invalideneinstellungsgesetz zu beschäftigen, so  
muß doch auf die Verschiedenartigkeit zwischen Gebietskörper-  
schaften als Dienstgeber und allen übrigen Dienstgebern ver-  
wiesen werden. In Bereichen wie Berufsfeuerwehr, Fuhrpark und  
ähnliches ist es oft genug nicht möglich, die geforderte An-  
zahl von Invaliden zu beschäftigen.

Demnach sollte, so wie für andere Wirtschaftszweige, auch für

Gemeinden eine eigene Pflichtzahl für die Einstellung von Behinderten festgelegt werden.

25 Ausfertigungen werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Reinhold Suttner)  
Generalsekretär